

„Pensionist soll dazuverdienen dürfen“

Maßnahme gegen Fachkräftemangel: Leitl will Zuverdienst für Pensionisten ermöglichen

LINZ. Das Finden von qualifizierten Mitarbeitern ist jener Bereich, der den Unternehmen in Oberösterreich im Moment die größten Sorgen bereitet. Das ergab eine aktuelle Umfrage des market-Instituts. „Die Unternehmen stehen im harten Wettbewerb mit den Schulen um die jungen Leute. Hier müssen wir etwas zur Attraktivierung der Lehre tun und vor allem auch die Talente der Schwächeren erkennen und fördern. Wir können uns nicht mehr leisten, diese aus unserem Blickfeld zu räumen“, sagte Christoph Leitl, Wirtschaftskammer-Präsident und Obmann des Wirtschaftsverbundes Oberösterreich, am Freitag bei einer Pressekonferenz.

Das seien allerdings mittelfristige Maßnahmen, man müsse auch kurzfristig etwas tun. Leitl will daher neben der Rot-Weiß-Rot-Card für gezielte Zuwanderung vor al-

lem bei jenen Pensionisten ansetzen, die vor dem gesetzlichen Pensionsantrittsalter in Ruhestand gehen. „Wenn diese Personen in der Pension etwas dazuverdienen wollen, dann sollen sie es auch dürfen“, sagte er.

Im Gegensatz zum öffentlichen Dienst dürfen Pensionisten aus der Privatwirtschaft keinen Zuverdienst haben. „Ich fordere die sofortige Abschaffung dieser Barriere, ja, dieser Bestrafung für Leistungswillige“, sagte er. Es sei eine Diskriminierung der Privatwirtschaft gegenüber dem öffentlichen Dienst. „Außerdem würde das im Endeffekt dem Staat wieder zugute kommen.“

Auch das Bildungssystem will Leitl künftig zu einem seiner „Hauptthemen“ machen. „Es geht darum, dass man berufliche und allgemeine Bildung verbindet und dass kein Bildungsweg eine Sack-



„Ich fordere eine sofortige Abschaffung dieser Bestrafung für leistungswillige Pensionisten.“

■ Christoph Leitl, WK-Präsident

gasse ist“, sagte er. Im Bezug auf die Berufswahl hat der Wirtschaftsverbund Oberösterreich (WB) ein Drei-Punkte-Programm erarbeitet.

„Ein wesentlicher Bestandteil ist die Berufsorientierung“, sagte WB-Direktor Gottfried Kneifel. Diese soll in den Schulen von 30 auf 60 Wochenstunden aufgestockt werden. Um die Berufswahl zu erleichtern, sollen zudem mit Potenzialanalysen die eigenen Stärken und Schwächen definiert werden.

Ein weiterer Punkt sei die Einführung des Fachs „Bildungs- und Berufsberatung“ sowie eine Ausweitung des „Berufs-Schnuppers“ in Betrieben. Zudem sollen Quereinsteiger aus der Wirtschaft als Bildungs- und Berufsberater gewonnen werden. Dadurch würde der Unterricht mit mehr Praxisbezug aufgewertet werden, sagte Kneifel. (ee)

Schlecker zahlt in Österreich die fälligen Gehälter

PUCKING/NEU ULM. Im Ringen um die Rettung von Schlecker Österreich versuchen die Beteiligten ein letztes Mal positive Stimmung zu machen, bevor nächste Woche das Schicksal endgültig besiegelt wird. Immerhin geht es um die Arbeitsplätze von rund 3000 Personen.

Insolvenzverwalter Arndt Geiwitz ließ am Donnerstagabend ein Statement veröffentlichen, in dem von „erfolgsversprechenden Investorengesprächen für Schlecker Österreich“ die Rede ist. Es gebe gute Chancen für das Fortbestehen mit einem Investor, heißt es. Man arbeite mit Hochdruck an der Abkoppelung von der Muttergesellschaft in Deutschland, die bereits dichtgemacht hat.

Die Gehälter und Urlaubsgelder würden pünktlich bezahlt, bestätigte die Betriebsratsvorsitzende für Österreich, Eszter Udvardy, in einem schriftlichen Statement.